

**Regierungsrat**

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
www.so.ch

Eidgenössisches Departement für  
auswärtige Angelegenheiten EDA  
DV-Menschenrechte  
Bundeshaus West  
3003 Bern

27. Februar 2007

**Dritter Bericht der Schweiz über die Umsetzung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW): Berichtsentwurf – Fachtechnische Befragung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Zustellung des Entwurfs und nehmen zu den genannten Randziffern wie folgt Stellung:

Rz. 30:

Zur Zeit ergibt die Angestelltenstatistik des Kantons Solothurn folgendes Bild. Der Frauenanteil in der Gesamtverwaltung liegt bei 46 %. In Kaderpositionen sind Angestellte weiblichen Geschlechts allerdings nur zu 27,7 % vertreten.

Rz. 106:

Der Kanton Solothurn hat in § 37bis KapoG die Wegweisung und das Rückkehrverbot bei häuslicher Gewalt vorgesehen. Die Kantonspolizei hat bereits von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Rz. 133:

Der Kanton Solothurn hat eine ganze Reihe von Fördermassnahmen im Bereich Gleichstellung von Frau und Mann umgesetzt:

- Ständige verwaltungsinterne Gleichstellungskommission.
- Sensibilisierung für Gleichstellungsfragen in Führungsausbildungen.
- Genderthematik in Leitbild und Legislaturplan des Regierungsrates verankert.
- Aufbau eines geschlechterspezifischen Kennzahlensystems.
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Lohnsystem, in dem die Stellen bewertet und die Personen nach ihren Erfahrungen eingestuft werden.

- Lohnvergleiche werden durchgeführt (Massnahme aus der Mitarbeitendenzufriedenheitsbefragung).
- Jahresarbeitszeit ohne Blockzeiten zwischen 06.30 Uhr und 19.30 Uhr.
- Projekt zur Förderung von Teilzeitstellen im Kaderbereich.
- Geschlechtsneutrale Formulierung bei der Definition der Funktionen und bei Stellenausschreibungen.
- 16 Wochen bezahlter Mutterschaftsurlaub für unbefristet angestellte Mitarbeiterinnen.
- Erweiterte Möglichkeiten für unbesoldeten Urlaub.
- Flexible Pensionierung und Witwerrente.
- Weisungen zur Verhinderung von Mobbing und sexueller Belästigung.
- Breites Beratungsangebot für von Mobbing und sexueller Belästigung betroffenen Personen.

Rz. 134:

Der Kanton Solothurn hat im Leitbild des Regierungsrates festgehalten: „Wir wollen unser Handeln im Dienst an unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern auf Eigenverantwortung, Solidarität, Nachhaltigkeit, Sicherheit und auf Gleichwertigkeit der Geschlechter ausrichten und mit unseren Mitteln häuslicher umgehen.“

Dazu sind verschiedene Massnahmen geplant, welche in nächster Zeit umgesetzt werden sollen. Unter anderem hat sich der Regierungsrat zum Ziel gesetzt, innerhalb der laufenden Legislaturperiode den Frauenanteil im Kader um 10 % zu erhöhen. Dazu sollen vermehrt Teilzeitmöglichkeiten im Kaderbereich geschaffen werden. Der Regierungsrat wird voraussichtlich noch im ersten Quartal 2007 ein ganzes Massnahmenpaket beschliessen.

Die verwaltungsinterne Gleichstellungskommission bearbeitete den Aktionsplan der Schweiz zur Weltfrauenkonferenz der UNO, in welcher die Forderung nach dem Fakultativprotokoll resultierte und überprüfte die einzelnen Massnahmen auf die Umsetzung im Kanton Solothurn. Viele dieser Massnahmen werden bereits umgesetzt, andere sind noch zu bearbeiten.

Im Bereich der Lehrstellen hat der Kanton Solothurn seinen Ämtern den Auftrag zur Schaffung von zusätzlichen Lehrstellen gegeben. Auch im Rahmen der Reform der kaufmännischen Grundbildung, welche den Verlust von sehr vielen Lehrstellen in einem häufig von Frauen gewählten Beruf verursacht hat, konnte der Kanton Solothurn als Arbeitgeber seine Anzahl Lehrstellen halten oder sogar noch steigern. Dieses Resultat wurde dank einer guten Unterstützung der Ausbildungsverantwortlichen möglich.

Rz. 142:

Der Regierungsrat hat sich im Rahmen der Massnahmen, die aus der Mitarbeitendenzufriedenheitsbefragung hervorgingen, gegen eine Quotenregelung ausgesprochen. Viel mehr will er mit verschiedenen Massnahmen den Frauenanteil in der Verwaltung und speziell im Bereich der Kaderstellen fördern.

Rz. 147:

Der Kanton Solothurn hat zwar kein Lehrmittel herausgegeben, welches sich mit der Geschlechtergleichstellung direkt oder indirekt befasst, er führte hingegen die sehr erfolgreiche Aktion durch in den Schulen und in der Wirtschaft "Berufe haben kein Geschlecht".

Rz. 158:

Die Sensibilisierung für Gleichstellungsfragen ist in vielen Führungsausbildungen als Ziel erklärt worden.

Rz. 188:

Der Kanton Solothurn hat noch keine Massnahmen ergriffen, um die Frauenquote in der Politik zu erhöhen. Da der Aktionsbereich der verwaltungsinternen Gleichstellungskommission auf die kantonale Verwaltung beschränkt ist, wurden aus ihrer Sicht keine Massnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in politischen Gremien getroffen.

Rz. 189:

Die Grünen im Kanton Solothurn haben im Zweckartikel ihrer Statuten die Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann. Die kantonale SP will statutarisch Frauen in der aktiven Mitwirkung fördern, hat eigene Frauenorganisationen und schreibt an verschiedenen Orten den Einbezug sowohl der Frauen als auch der Frauenorganisationen vor. Die CVP Solothurn nennt in ihrem Zweckartikel die Verbindung von Frauen und Männern aller sozialer Gruppen und Konfessionen; ähnlich lautet der Zweckartikel der EVP. Die FDP hält in ihren Statuten fest, dass zu der Delegiertenversammlung mindestens 1/3 Frauen als Delegierte gesandt werden sollen, und dass der Geschäftsleitung ein Parlamentarier und vier Frauen angehören sollen.

Rz. 195:

Die Massnahmen zur Steigerung des Frauenanteils (v.a. in Kaderpositionen) können den Punkten Rz. 133, 134 und 142 entnommen werden.

Rz. 250:

In den unteren Schulstufen wird der Lehrerberuf grösstenteils von Frauen ausgeübt. Die Ausbildung zur Primar- und Kindergartenlehrkraft bestreiten rund 82 % Frauen. Der Frauenanteil ist auch auf den höheren Bildungsstufen gestiegen. An den beiden Kantonsschulen in Solothurn und Olten (Mittelschulen) wird der Unterricht derzeit knapp zur Hälfte von Frauen bestritten (48 % der Unterrichtslektionen). Übrigens sind derzeit rund 60 % der Maturitätsschülerschaft Frauen. Von einer Geschlechterdiskriminierung an unseren Schulen – auf allen Stufen – kann daher keine Rede sein.

Rz. 252:

Im Kanton Solothurn liegen die Zahlen der Stipendienvergabe vom Jahr 2005 vor. Diese zeigen, dass 51 % des Stipendienvolumens an Frauen und 49 % an Männer gewährt und ausbezahlt wurden.

Rz. 259:

Betreffend Bildungsabbruch können wir keine ergänzenden Angaben machen, weil wir nicht über Zahlen zu den Studien- bzw. Ausbildungsabbruchquoten verfügen. Entsprechend haben wir hierzu keine Massnahmen ergriffen.

Rz. 263:

Das Amt für soziale Sicherheit initiiert und fördert im Bereich Integration alltagsorientierte Deutschkurse für ausländische Mütter und ihre Kleinkinder (MuKi-Deutsch). Die Kurse finden gleichzeitig als Türöffner für andere Angebote statt (z.B. Schreibkurse).

Rz. 321:

Im Kanton Solothurn wurde für die Mitarbeitenden des Kantons in der Region Solothurn eine neue Gruppe mit zehn Vollzeitplätzen in einer Kinderkrippe geschaffen. Dieses Pilotprojekt wurde im Rahmen der Anstossfinanzierung des Bundes lanciert. In Zukunft soll für die Mitarbeitenden aller Regionen ein Angebot geschaffen werden. Die Umsetzung der Ausdehnung ist derzeit in Diskussion und soll per 1. Januar 2008 erfolgen.

Rz. 322:

Ab dem Schuljahr 2007/2008 gelten im Kanton Solothurn flächendeckend Blockzeiten für den Kindergarten und die Primarschule. Im ersten Kindergartenjahr sind alle Kinder an mindestens drei

Vormittagen während dreieinhalb Stunden in der Obhut des Kindergartens. Im zweiten Kindergartenjahr und in der Primarschule besuchen alle Kinder an fünf Vormittagen während dreieinhalb Stunden den Kindergarten bzw. die Schule.

Auf politischer Ebene sind im Kanton Solothurn zwei Vorstösse eingereicht worden, die diesbezügliche Anliegen – Einführung von Tagesstrukturen – zum Inhalt haben. In einigen Gemeinden des Kantons Solothurn sind ebenfalls Tagesschulprojekte geplant oder bereits realisiert worden.

Rz. 380:

Dem Amt für soziale Sicherheit ist kein Fall einer Mädchenbeschneidung und damit auch kein Eingreifen einer Vormundschaftsbehörde bekannt. Da Mädchenbeschneidung jedoch als Körperverletzung strafrechtlich relevant ist, wäre es auch möglich, dass via Strafrichter vormundschaftliche Massnahmen verfügt werden.

Rz. 390:

In der Sozialhilfe wird den spezifischen Bedingungen von alleinerziehenden Müttern insofern Rechnung getragen, als ihnen je nach Alter ihrer Kinder keine oder nur eine teilzeitliche Erwerbsarbeit zugemutet wird. Zudem werden situationsbedingte Aufwendungen berücksichtigt (Auslagen für externe Kinderbetreuung, Integrationszulage für Erziehungsarbeit). Ansonsten richten sich die Massnahmen und Leistungen nicht nach dem Geschlecht, sondern ressourcenorientiert nach der spezifischen Situation (Bildung, Gesundheit, Alter, Sprache, Sucht etc.) vom Hilfeempfangenden.

Rz. 401:

Die Mädchen- und Frauenanteile in der J+S-Jugendausbildung im Kanton Solothurn ist in den letzten Jahren relativ konstant bei 43 % geblieben, während der Frauenanteil in der Kaderbildung 29 % beträgt.

Rz. 428:

An kantonsinternen Weiterbildungsanlässen kommen geschlechterspezifische Themen und menschenrechtsrelevante Belange regelmässig zur Sprache.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.  
Peter Gomm  
Landammann

sig.  
Dr. Konrad Schwaller  
Staatsschreiber